

## **Antrag**

**der Abgeordneten Adler, Dr. Botz, Häuser, Kißlinger, Koltzsch, Kuessner, Müller (Schweinfurt), Oostergetelo, Pfuhl, Sielaff, Dr. Stephan, Weyel, Wimmer (Neuötting), Bernrath, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD**

### **Verwertung volkseigener land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke im Gebiet der neuen Bundesländer durch die Treuhandanstalt Berlin**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei der Treuhandanstalt Berlin darauf hinzuwirken, daß die bisher volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke in den neuen Bundesländern vorrangig für die künftigen Belange der Agrarstruktur, der Dorferneuerung einschließlich der kommunalen Infrastruktur, der Gewerbeansiedlung, der Landschaftsentwicklung und des Naturschutzes verwendet werden. Hierfür ist es erforderlich, die Eigentumsverhältnisse zügig zu klären. Im Interesse der Menschen in den neuen Bundesländern ist bei der Verwertung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken die einheimische landwirtschaftliche Bevölkerung bevorzugt zu berücksichtigen. Die Veräußerung entsprechender Flächen an nichtlandwirtschaftliche Kapitalanleger ist zu vermeiden. Zur Unterstützung der umfassenden Bodenordnungsmaßnahmen sind außerdem entsprechende Flächen von der Treuhandanstalt an regionale Landentwicklungsgesellschaften der neuen Länder zu überführen.

Bonn, den 23. Oktober 1990

**Adler  
Dr. Botz  
Häuser  
Kißlinger  
Koltzsch  
Kuessner  
Müller (Schweinfurt)  
Oostergetelo**

**Pfuhl  
Sielaff  
Dr. Stephan  
Weyel  
Wimmer (Neuötting)  
Bernrath  
Dr. Vogel und Fraktion**

**Begründung**

Vorrangiges Ziel der Verwertung bisher volkseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen darf es nicht sein, kurzfristig hohe Einnahmen zu erzielen. Strukturelle Gesichtspunkte zur Entwicklung der Agrarstruktur, der Dörfer und der ländlichen Räume in den neuen Bundesländern müssen dabei im Vordergrund stehen. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten in den neuen Ländern dürfen nicht verbaut werden. Der Antrag entspricht der im Ausschuß Deutsche Einheit am 19. September 1990 mit großer Mehrheit beschlossenen Erklärung.